

Streikführerin in Ost-Java ermordet

Eine große Protest- und Solidaritätswelle hat die Ermordung der 25jährigen Arbeiterin Marsinah ausgelöst. Sie wurde Anfang Mai 200 km von ihrer Fabrik entfernt tot aufgefunden. Marsinah hatte in der Uhrenfabrik PT Catur Putra Surya gearbeitet, deren Belegschaft wie die zahlreicher anderer Betriebe Javas Streikaktionen durchgeführt hatte. Protestiert wurde wegen zu niedriger Löhne, fehlender genuiner Arbeitervertretung und Einmischung des Militärs in betriebliche Angelegenheiten. In Marsinachs Uhrenfabrik

wurden am 3. Mai konkret die Einhaltung der gesetzlichen Mindestlöhne, Zuschüsse für Transport und Verpflegung und medizinische Versorgung gefordert. Am nächsten Tag kam es zu einer Demonstration vor den Fabriktoren, anschließend zu einer hitzigen Diskussion zwischen Belegschaft, Fabrikleitung, Arbeitsbehörde und Militär, bei der Marsinah sich besonders scharf äußerte. Nach dem Mord formierte sich ein Solidaritätskomitee, das u.a. die folgende Erklärung abgab:

Betroffenheitserklärung und Forderungen des "Solidaritätskomitees für Marsinah"

Surabaya, den 4.6.1993
Die Nachricht vom Tod Marsinachs, einer Fabrikarbeiterin, deren Leiche am 8.5.1993 im Distrikt Nanjuk gefunden wurde, ist ein Beleg für Gewalt, Niederträchtigkeit und Tyrannei, die nicht toleriert werden können. Wir sind Zeugen geworden, daß humanistische Werte in dieser Zeit der Entwicklung und Industrialisierung als Rückwirkung dieses Verteilungskonzeptes zerstört worden sind.

Marsinah kann nicht nur als eine Arbeiterin gesehen werden, deren Bedeutung nur in der Kapitalakkumulation und der Entwicklung des Wirtschaftssystems gelegen hat, sondern sie muß auch als eine junge Frau gesehen werden,

die hart für die zukünftige Entwicklung gearbeitet hat, als eine Schwester, die aufrichtig die Erträge ihrer Arbeit an ihre Familienangehörigen weitergegeben hat, als eine Kameradin, die voller Solidarität war, als eine Gewerkschaftsaktivistin, die mutig und ausdauernd war. Daß die Arbeiterklasse aufgebeht, eine Feststellung, die nicht länger vermieden werden kann, ist Ergebnis der miserablen Situation unser ArbeiterInnen. Die Löhne sind viel zu niedrig, die sozialen Garantien existieren nur auf dem Papier, die Arbeiterorganisationen werden unterdrückt, während die reichen Unternehmer die menschliche Arbeit nur als "Produktionskosten, die so

billig wie möglich gehalten werden müssen" begreifen. Marsinah ist eine von Hunderttausenden von Fabrikarbeiterinnen gewesen, die für das jetzt herrschende System nicht von Nutzen war. Im Unterschied zu vermutlich vielen anderen hat sie ihre Rechte standhaft verteidigt, obwohl sie durch das Unternehmen und die Sicherheitskräfte mit Terror und Einschüchterung konfrontiert wurde.

Marsinah stand in der vorersten Linie der Arbeiterbewegung für Gerechtigkeit. Ihre deutliche Stimme hat dem Interesse der Arbeiterklasse gedient. Sie hat den von den Sicherheitskräften bedrohten Kameraden und Kameradinnen Mut und Solidarität gegeben. Sie hat sich für ihre Gruppe, die Arbeiterklasse, nicht auf Kompromisse eingelassen. Dennoch ist dann das geschehen, was passiert ist.

Kein Mensch versteht, weshalb sie einer so barbarischen Gewalt ausgesetzt wurde, nämlich vergewaltigt und getötet zu werden. Wir haben nicht ihren Widerstand, ihre Wut und ihre Schmerzensschreie gehört. In jenem Moment war sie allein mit der Gewalt konfrontiert und wurde bestialisch umgebracht. Jetzt ist sie für immer stumm, sie wird nie mehr sprechen können.

Diese Feststellung trifft unsere Seelen. Unser Gefühl für Menschlichkeit kann dies nicht so akzeptieren und wird diese

Abscheulichkeit nicht einfach so ans uns vorbeigehen lassen.

Unsere Einstellung ist: Unsere menschlichen Gefühle und unsere Wertschätzung beruhen auf den Menschenrechten; deshalb gilt für den Fall von Marsinah:

1. Wir trauern zutiefst.
2. Wir verdammen die gewalttätigen Handlungen (Einschüchterung, Vergewaltigung und Mord), die Marsinah geschehen sind. Das, was Marsinah passiert ist, war ein Anschlag auf die Menschenrechte.

Unsere Forderungen sind:
1. Die Bildung eines unabhängigen Untersuchungsteams, das anschließend die Öffentlichkeit über die Ergebnisse unterrichtet.

2. Ergreifen von rechtlichen Schritten gegen alle an diesem Mord Beteiligten und sonstige Verwickelten.

3. Die Garantie, daß es keinen Druck gegen die Familie von Marsinah sowohl während der Zeit der Untersuchung des Mordes an Marsinah wie auch anschließend gibt.

gez. Das Solidaritätskomitee für Marsinah (27 Unterzeichner-Organisationen)

Diese Erklärung und Solidaritätsaktion wird von weiteren 10 NROs und 8 Individuen unterstützt.

vgl. Dokumentation des Komite Solidaritas Untuk Marsinah; Asian Women Workers Newsletter, Vol.12 No.3, July 1993, S. 4f.

Internationale Hilfe weiter gestiegen

Das internationale Geldgeberkonsortium Consultative Group on Indonesia (CGI) hat das jährliche Hilfspaket noch dicker geschnürt: 5,1 Milliarden Dollar sollen dieses Jahr aus den Industrieländern nach Indonesien fließen, 200 Millionen mehr als letztes Jahr. Sowohl die massive Kritik der Weltbank an der indonesischen Wirtschaftspolitik (s.a. Artikel über Habibie in diesem Heft) als auch die Bestrebungen zahlreicher Geberländer, die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Einhaltung der Menschenrechte zu koppeln, haben unter dem Strich nichts ausgemacht. Zwar verzichtete Belgien ganz auf die weitere Unterstützung Indonesiens, zwar reduzierten die

USA, Australien und Frankreich ihre bilaterale Hilfe; mit entsprechenden Steigerungen machten Japan, Großbritannien, Österreich und Spanien diesen Verlust jedoch wieder wett.

Während einige Anzeichen dafür sprechen, daß sich Washington intensiver um die Menschenrechtssituation in Indonesien kümmert, sprang Japan wie schon 1992 wieder in die "Bresche": Im letzten Jahr hatte Indonesien von sich aus auf die niederländische Entwicklungshilfe verzichtet, da die ehemalige Kolonialmacht sich - wie berichtet - mit ihren Hinweisen auf Menschenrechtsverletzungen in Indonesien unbeliebt gemacht hatte. Die japanischen Gelder machen inzwischen ein Drittel der gesamten Hilfeleistungen aus und spiegeln damit die

intensiven japanisch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen wieder. Fast verdreifacht hat sich die Unterstützung Großbritanniens, dessen wirtschaftliches Interesse an dem südostasiatischen Land in letzter Zeit ohnhin gestiegen ist: So wurden unlängst 24 Kampfflugzeuge an Indonesien verkauft.

Die Tageszeitung Kompas sieht in der gestiegenen Entwicklungshilfe eine psychologische Sicherheit, die jedoch keine Garantie für stabiles Wirtschaftswachstum bietet: Zahlreiche Probleme, wie das hohe Zinsniveau, mangelnde Effizienz beim Eintreiben von Steuern und mangelnde Attraktivität für ausländische Investoren, müßten zunächst im Lande selbst gelöst werden.

vgl. Kompas v. 2.7.1993; TAPOL No.118, August 1993, S.12f.

Gewerkschaftskongreß aufgelöst

Nur 40 Minuten dauerte der erste Kongreß der 1992 gegründeten Gewerkschaft SBSI, der einzigen unabhängigen Gewerkschaftsorganisation in Indonesien, bis er von Polizei und Militär aufgelöst wurde. 200 Personen, darunter Vertreter der amerikanischen und der australischen Botschaft sowie der ILO, waren anwesend, als plötzlich 40 Uniformierte erschienen. Der Kongreß habe nicht stattfinden können, so lautet die amtliche Begründung für dieses Vorgehen, weil die SBSI keine Arbeitervertretung, sondern eine NGO sei, die sich mit Problemen von Arbeitern beschäftige. Der Amerikanischen Botschaft, die das Kongreß-Verbot kritisiert

Osttimor

Botschaften weisen Flüchtlinge ab

Sieben Osttimoresen, die seit dem Massaker von Santa Cruz im November 1991 vor der Armee auf der Flucht waren, haben Ende Juni vergeblich in der Finnischen und der Schwedischen Botschaft in Jakarta um Asyl gebeten. Die sieben Flüchtlinge wurden mit der Begründung abgewiesen, ihnen könnte nur in den Ländern selbst, jedoch nicht in den Botschaften geholfen werden. 10 Tage blieben die drei, die in der schwedischen Vertretung Zuflucht gesucht hatten, im Botschaftsgebäude und baten zumindest um Hilfe zur Ausreise, die ebenfalls versagt wurde. Als Vermittler war der Menschenrechtsaktivist Haji Princen aufgetreten, in dessen Haus sich einige der Flüchtlinge - unter ständiger Bewachung des Militärs - inzwischen aufhalten.

Nach Ansicht von TAPOL scheint insbesondere Schweden, das z.B. in Santiago in den 70er Jahren zahlreichen Pinochet-Gegnern durch seine Botschaft die Ausreise ermöglicht hatte, ängstlich bedacht, keine Mißstimmung mit Indonesien aufkommen zu lassen: Schweden hat gerade von der Indonesischen Regierung einen Auftrag über den Bau von drei Kraftwerken erhalten.

vgl. TAPOL No.118, August 1993, S.3ff

Nicht mehr lebenslänglich für Xanana Gusmao

Im Zuge der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag am 17.August verkündete Präsident Suharto die Reduzierung der Haftstrafe für FRETILIN-Führer Gusmao. Statt lebenslänglich muß Gusmao nun 20 Jahre Haft verbüßen. Für gute Führung und Kooperation mit den Behörden kann er das Gefängnis schon im Jahre 2005 verlassen. Beobachter werten diese "Wohllöwen" als Politur für Indonesiens international angekratztes Menschenrechtssimage.

vgl. AW 1.9.1993, S.30

Öl mit Hubschraubern bezahlt

Als Gegenleistung für den Import von iranischem Öl im Wert von 120 Mio. Dollar bot Indonesiens Forschungsminister Habibie der Regierung in Teheran 7 Hubschrauber aus dem heimischen IPTN-Werk an. Der Iran ging darauf ein. Nach Angaben von Habibie sollen die Hubschrauber nicht für militärische Zwecke verwendet werden.

vgl. Indonesia Report No.5/93, S.10

Wiedergutmachung von Japan gefordert

Fast 13.000 indonesische Frauen und Männer haben sich mit der Forderung nach Wiedergutmachung von seiten Japans bei der Rechtshilfeorganisation LBH registrieren lassen. Nach Angaben von LBH wurden viele der Männer gezwungen, für die Japaner zu arbeiten oder gar auf japanischer Seite zu kämpfen. Die Frauen wurden Opfer von Zwangsprostitution. Die Japanische Regierung hat sich bei Indonesien bereits offiziell für seine Kriegstaten entschuldigt.

MD v. 12.8.1993, S.7; Editor v. 21.8.1993

- Anzeige -

Die Rote Hilfe 3/93

Themen: Ein deutscher Sommer: Der Mord an W. Grams; "Kampfunfähig schießen ist Quatsch" - zur Rolle der GSG9; § 218-Urteil; Geiselnahme in München; Spendengelder = Schutzgelderpressung?; Asyl "recht"; Europol; Schüsse in Kopenhagen; VS-Gesetz in Brandenburg; Neue Prozesse gegen RAF-Gefangene

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel



Verbote-Verbote

In Surabaya untersagte die Polizei eine Ausstellung, die in Gedanken an die Arbeiterin Marsinah gezeigt werden sollte. Zu den Gästen, die von der Ausstellungseröffnung den frühzeitigen Heimweg antreten mußten, gehörte auch der amerikanische Generalkonsul.

In Yogyakarta wurde eine Diskussionsveranstaltung über das von der Rechtshilfeorganisation LBH herausgegebene Buch "Demokrasi di balik keranda" (etwa: Die Demokratie unter dem Sargdeckel) verboten. Die Herausgabe des Buches war bereits offiziell genehmigt worden.

vgl. Tempo vom 21.8.1993, S.228

Bulldozer gegen Bewohner

Das Thema Landkonflikte ist ein Dauerbrenner in Jakarta. Mit der Verzweiflung über den drohenden Verlust der eigenen vier Wände wächst auch der Widerstand: 10 Stunden wehrten sich 500 Familien in Tanah Tinggi mit Barrikaden gegen Bulldozer und einen Stoßtrupp gegen "Unruhestifter". Die ca. 2000 Personen wollten ihre Häuser nicht verlassen, die einer Reihenhaussiedlung weichen sollten. Die Behörden hatten den Familien die neuen Häuser sogar als Ersatz angeboten: zu einem Preis, der fast dreimal so hoch lag wie die Entschädigung und für die Bewohner, die vornehmlich als Kleinhändler arbeiten, absolut unakzeptabel war. 10 Personen wurden festgenommen.

Tempo v. 28.8.1993, S. 34

Amerika verbietet Kauf von Jordanischen F5-Kampfflugzeugen

Nachdem die USA ihre finanzielle Unterstützung Indonesiens im Rahmen des IMET Programms (International Military Education and Training) verringert hatten, verboten sie Jordanien den Verkauf von 5 mit amerikanischer Lizenz produzierten Kampfflugzeugen an Indonesien. Gründe: Das Krisengebiet Ost-Timor und zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen rechtfertigten einen solchen Waffentransfer nicht.

vgl. Tempo v. 21.8.1993, S.28

te, wurde mangelndes Verständnis für die in Indonesien herrschenden Spielregeln vorgeworfen. Bereits im Juli hatte die Clinton-Regierung Indonesien und fünf andere Länder gewarnt, sie würden ihre Handelsvorteile verlieren, wenn sie nicht innerhalb des nächsten halben Jahres die Situation der Fabrikarbeiter deutlich verbessern würden.

vgl. FEER v. 12.8.1993, S.14 und JP v. 30.7. u. 5.8.1993

Militär-Übergriff gegen islamische Sekte

Mit 5 Lastwagen voller Soldaten attackierte das indonesische Militär die 20 Mitglieder einer islamischen Sekte, die zurückgezogen in Sinargalih, West Java, lebten. Nachdem ein Sektenmitglied den Bewohner eines Nachbardorfs angegriffen hatte, von dem er sich belästigt fühlte, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese suchte Verstärkung beim Militär. Sektenführer Manan und drei seiner Leute wurden bei den folgenden Übergriffen getötet, mehrere schwerverletzt, die gesamte Anlage der Sekte, die "Gelber Bambus" genannt wurde, abgebrannt. Der Vorfall entfachte eine Debatte darüber, wie in Indonesien mit religiösen Extremisten umgegangen werde. Das Rechtshilfeinstitut LBH und mehrere islamische Organisationen kritisierten die Vorgehensweise des Militärs: Es habe keine Anzeichen dafür gegeben, daß die Sekte gefährlich gewesen sei. Gewalt hätte auf jeden Fall vermieden werden können.

vgl. AW v. 18.8.1993, S.25; Tempo v. 7.8.1993, S.39f, v.14.8.1993, S.37f

MAS leistet Garuda schlechten Dienst

Scharfe Proteste gegen eine ganzseitige Anzeige der malaysischen Fluglinie MAS im Magazin Newsweek hagelte es von Indonesiens Garuda. Bei einer Untersuchung des Londoner Inflight Research Services über den Service bei 31 Fluglinien landete MAS ganz oben, Garuda hingegen auf Platz 30. Garuda empfand diese Anzeige auf sich gemünzt...

vgl. Tempo v. 24.7.1993, S.33 und v. 21.8.1993, S.93.